Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale Tribunal federal
6B 205/2018
Urteil vom 5. März 2019
Strafrechtliche Abteilung
Besetzung Bundesrichter Denys, Präsident, Bundesrichter Oberholzer, Bundesrichterin Jametti, Gerichtsschreiber Faga.
Verfahrensbeteiligte X, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Martin Neese, Beschwerdeführer,
gegen
 Staatsanwaltschaft des Kantons Zug, Leitender Oberstaatsanwalt, Postfach 1356, 6301 Zug, A & Co. VIII, vertreten durch Rechtsanwältin Paola Wullschleger, Beschwerdegegnerinnen.
Gegenstand Mehrfache qualifizierte ungetreue Geschäftsbesorgung, mehrfache Urkundenfälschung; Willkür etc.,
Beschwerde gegen das Urteil des Obergerichts des Kantons Zug, Strafabteilung, vom 30. November 2017 (S 2016 48-50).
Sachverhalt:
A.
A.a. Das Obergericht des Kantons Zug sprach X am 30. November 2017 im Berufungsverfahren gegen ein Urteil des Strafgerichts des Kantons Zug vom 25. Mai 2016 zweitinstanzlich der mehrfachen qualifizierten ungetreuen Geschäftsbesorgung und der mehrfachen Urkundenfälschung schuldig. Vom Vorwurf der Urkundenfälschung sprach es ihn in einem Anklagepunkt frei. Weiter stellte es fest, dass der erstinstanzliche Entscheid teilweise (betreffend Verfahrenseinstellung und Freisprüche in verschiedenen Anklagepunkten) in Rechtskraft erwachsen war. Das Obergericht verurteilte X zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten als Zusatzstrafe zu einem Urteil des Obergerichts aus dem Jahre 2013. Es hiess eine Zivilforderung der A & Co. VIII von rund Fr. 3'225'411 nebst Zins gut und verwies sie darüber hinaus auf den Zivilweg. Mit gleichem Entscheid sprach das Obergericht den Mitbeschuldigten Y vom Vorwurf der mehrfachen qualifizierten ungetreuen Geschäftsbesorgung frei.
A.b. Die Verurteilung durch das Obergericht geht auf folgenden Sachverhalt zurück. X gründete über die B AG mehrere Kommanditgesellschaften, die es Investoren ermöglichen sollten, durch eine Beteiligung als Kommanditäre in Immobilien zu investieren. X trat als unbeschränkt haftender Gesellschafter auf. Die B AG, deren einziger Verwaltungsrat X war, übernahm die Konzeption und die Beratung der einzelnen Gesellschaften. Auf den 1. Januar 2007 trat das Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen
(Kollektivanlagengesetz, KAG; SR 951.31) in Kraft. In der Folge bemühten sich X und die B AG, die Kommanditgesellschaften der Gruppe in Kommanditgesellschaften nach dem neuen Recht umzuwandeln (Kommanditgesellschaften für kollektive Kapitalanlagen). In diesem Zusammenhang setzte die Eidgenössische Bankenkommission am 11. Januar 2008 bei den Gesellschaften der B Gruppe superprovisorisch einen Untersuchungsbeauftragten ein.

Gleichzeitig untersagte sie ihnen jede weitere Geschäftstätigkeit. Am 20. Mai 2008 stellte die Eidgenössische Bankenkommission fest, dass die B Gruppe gegen das Kollektivanlagengesetz und das Bankengesetz verstosse. Die Bankenkommission verfügte gestützt hierauf über die B AG den aufsichtsrechtlichen Konkurs und versetzte die verschiedenen Kommanditgesellschaften in Liquidation (vgl. Urteil 2C 571/2009 vom 5. November 2010). Laut Obergericht habe X im Namen der A & Co. VIII der B AG zwischen dem 3. November 2003 und 28. Oktober 2004 ungedeckte und nicht werthaltige Kredite über Fr. 5 Mio. gewährt, wodurch die Darlehensgeberin einen Schaden von Fr. 3'255'411 erlitten habe. Zudem habe er im Zeitraum vom 11. Januar 2008 bis zum 16. April 2008 mehrere Urkundenfälschungen begangen, dies in Zusammenhang mit der Administrativuntersuchung der B Gruppe im Auftrag der Eidgenössischen Bankenkommission.
B. X führt Beschwerde in Strafsachen. Er beantragt, das Urteil des Obergerichts sei aufzuheben und er sei vom Vorwurf der mehrfachen qualifizierten ungetreuen Geschäftsbesorgung und der mehrfachen Urkundenfälschung freizusprechen. Zudem ersucht er um Gewährung der aufschiebenden Wirkung.
C. Der Präsident der Strafrechtlichen Abteilung hat am 8. März 2018 der Beschwerde die aufschiebende Wirkung erteilt.
Erwägungen:
1. Der Beschwerdeführer rügt eine Verletzung des Anklageprinzips. Die Vorinstanz werfe ihm vor, er habe die Beschwerdegegnerin 2 durch eigenmächtige Vergabe ungedeckter Kredite an die B AG geschädigt. Dies werde bestritten. Die B AG sei nicht überschuldet gewesen und bei den Zahlungen habe es sich um Rückzahlungen von Verbindlichkeiten der Beschwerdegegnerin 2 gegenüber der B AG gehandelt. Die gegenteilige Feststellung der Vorinstanz sei offenkundig aktenwidrig und verstosse gegen den Anklagegrundsatz (Beschwerde S. 5 f.). Die Rüge tangiert soweit erkennbar allein die vorinstanzliche Sachverhaltsfeststellung (E. 2.2 nachfolgend). Falls sie darüber hinausgehen sollte, ist darauf aus mehreren Gründen nicht
einzutreten. Der Grundsatz von Treu und Glauben verbietet es, der Vorinstanz bekannte rechtserhebliche Einwände vorzuenthalten und diese erst nach einem ungünstigen Entscheid im anschliessenden Rechtsmittelverfahren zu erheben (BGE 143 V 66 E. 4.3 S. 69 f.; 141 III 210 E. 5.2 S. 216; je mit Hinweisen). Die Rüge, das Anklageprinzip sei verletzt, ist nicht Gegenstand des vorinstanzlichen Urteils. Der Beschwerdeführer behauptet weder eine Rechtsverweigerung, noch legt er eine solche dar. Sein Verhalten bzw. sein Zuwarten widerspricht Treu und Glauben. Ausserdem ist insofern der kantonale Instanzenzug nicht erschöpft und der Entscheid nicht letztinstanzlich im Sinne von Art. 80 Abs. 1 BGG. Zudem legt der Beschwerdeführer nicht dar, inwiefern die Vorinstanz die Umgrenzungs- und Informationsfunktion des Anklagegrundsatzes verletzt haben soll (Art. 42 Abs. 2 und Art. 106 Abs. 2 BGG).
Weiter verstösst der angefochtene Entscheid laut Beschwerdeführer gegen den Anklagegrundsatz, "sofern und soweit die Vorinstanz dem Beschwerdeführer vorwerfen will, er hätte sich durch spätere (in die Zeit nach dem 28. Oktober 2004 fallende) Kreditvergaben der A & Co. VIII an die B AG strafbar gemacht" (Beschwerde S. 10). Solches legt die Vorinstanz ihm ausdrücklich nicht zur Last. Der Beschwerdeführer erhebt die Rüge ohne Grund.
2. Der Beschwerdeführer wirft der Vorinstanz vor, sie stelle den Sachverhalt offensichtlich unrichtig und aktenwidrig fest (Beschwerde S. 5 ff.).

2.1. Die vorinstanzliche Sachverhaltsfeststellung kann nur gerügt werden, wenn sie offensichtlich unrichtig ist oder auf einer Rechtsverletzung im Sinne von Art. 95 BGG beruht und wenn die Behebung des Mangels für den Ausgang des Verfahrens entscheidend sein kann (Art. 97 Abs. 1 BGG; vgl. auch Art. 105 Abs. 1 und 2 BGG). Offensichtlich unrichtig im Sinne von Art. 97 Abs. 1 BGG ist die Sachverhaltsfeststellung, wenn sie willkürlich ist (BGE 143 IV 241 E. 2.3.1 S. 244; 143 I 310 E. 2.2 S. 313; je mit Hinweis; vgl. zum Begriff der Willkür BGE 143 IV 241 E. 2.3.1 S. 244; 141 III 564 E. 4.1 S. 566; je mit Hinweisen).

Die Rüge der Verletzung von Grundrechten (einschliesslich Willkür bei der Sachverhaltsfeststellung)

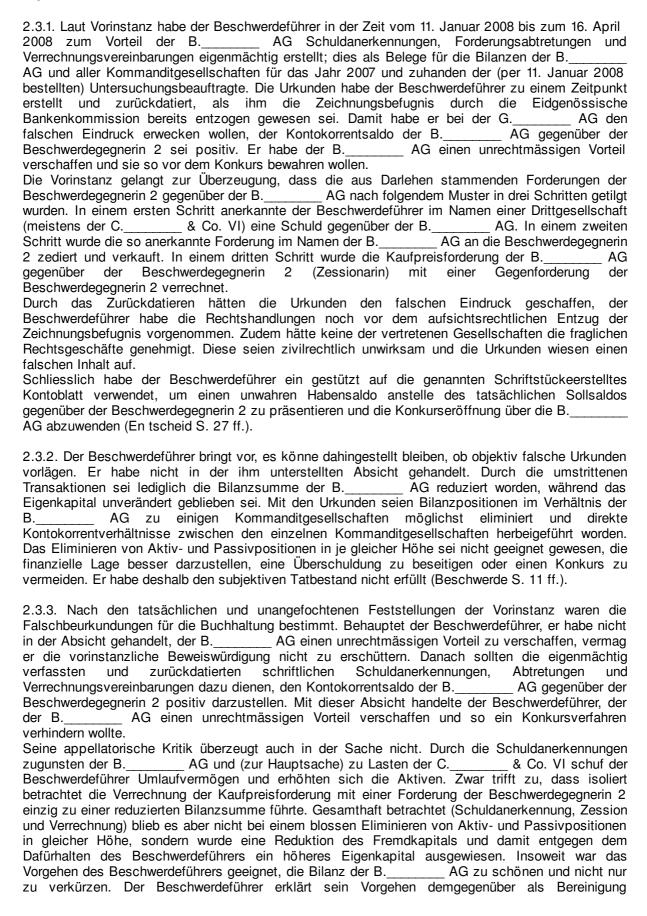
muss in der Beschwerde anhand des angefochtenen Entscheids präzise vorgebracht und substanziiert begründet werden, anderenfalls darauf nicht eingetreten wird (Art. 106 Abs. 2 BGG; BGE 142 III 364 E. 2.4 S. 368; 142 II 206 E. 2.5 S. 210; 142 I 135 E. 1.5 S. 144; je mit Hinweisen).

2.2.

2.2.1. Unbestritten ist, dass der Beschwerdeführer ab 1. Februar 2001 bis zum 11. August 2006 als Komplementär der Beschwerdegegnerin 2 im Handelsregister eingetragen war. Ab 6. August 1993 war er Geschäftsführer und ab 8. März 2004 Verwaltungsratspräsident der B
2.2.2. Der Beschwerdeführer stellt sich zusammengefasst auf den Standpunkt, die Beschwerdegegnerin 2 habe in der fraglichen Zeit der B AG nicht etwa Darlehen gewährt. Vielmehr habe die Beschwerdegegnerin 2 Schulden gegenüber der B AG beglichen. Die anderslautenden Feststellungen der Vorinstanz seien tatsachen- und aktenwidrig. Auf die Rüge der Aktenwidrigkeit ist nicht einzutreten. Der Beschwerdeführer zeigt nicht auf, mit welchen Aktenstellen sich die Vorinstanz in Widerspruch gesetzt haben soll. Er belässt es damit, pauschal auf die Jahresrechnungen der Beschwerdegegnerin 2, der F & Co. IX und der B AG für das Jahr 2003 zu verweisen und entsprechende Revisionsberichte der Jahre 2003 und 2004 zu den Akten zu geben. Damit genügt die Rüge der Aktenwidrigkeit den Begründungsanforderungen von Art. 106 Abs. 2 BGG nicht. Selbst wenn auf die Rüge eingetreten werden könnte, wäre sie unbegründet. Die vom Beschwerdeführer eingereichten Urkunden, welche auch dem Gutachter vorlagen, schliessen Verbindlichkeiten der B AG gegenüber der
Beschwerdegegnerin 2 nicht aus. Das vorinstanzliche Beweisergebnis fusst auch auf dem Gutachten der D vom 24. Juli 2012. Dieses hält fest, der effektiv ungedeckte Kredit der Beschwerdegegnerin 2 an die B AG habe mindestens Fr. 4'197'000 (entsprechend dem Saldo der per Ende 2006 noch bestehenden Verbindlichkeit der B AG gegenüber der Beschwerdegegnerin 2) betragen. Die Kreditgewährung sei hauptsächlich im Jahre 2004 erfolgt. Der Mittelzufluss von der Beschwerdegegnerin 2 an die B AG habe im Jahre 2004 Fr. 9'396'000 betragen. Der Gutachter hält fest, dass die B AG gegenüber der Beschwerdegegnerin 2 entgegen dem Dafürhalten des Beschwerdeführers über Verbindlichkeiten von Fr. 1'267'000 (Ende 2003) respektive Fr. 10'663'000 (Ende 2004) verfügte, wobei die Differenz dem erwähnten Mittelzufluss entspricht. Forderungen der B AG gegenüber der Beschwerdegegnerin 2 führt die Expertise unter dem Titel "Analyse der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden" nicht auf (vgl. vorinstanzliche Akten act. 12/3/2/30 ff.). Mit dem Gutachten setzt sich der Beschwerdeführer nicht auseinander. Was er der Vorinstanz entgegenhält, dringt nicht durch. Indem er den Standpunkt einnimmt, der B AG
seien in der fraglichen Zeit Darlehen zurückbezahlt und keine Kredite gewährt worden (sondern Letzteres erst nach dem 28. Oktober 2004), vermag er keine willkürliche Sachverhaltsfeststellung aufzuzeigen. Dies gilt ungeachtet seines Hinweises, für die Beschwerdegegnerin 2 und die F & Co. IX seien jeweils konsolidierte Jahresrechnungen erstellt worden. Dies war dem Gutachter bekannt. Was der Beschwerdeführer unter Hinweis auf eine konsolidierte Erfolgsrechnung vom 1. November 2005 bis zum 31. Oktober 2006 und eine entsprechende Bilanz per 31. Oktober 2006 ableiten will, legt er nicht dar.
Insgesamt zeigt der Beschwerdeführer nicht auf, dass und inwiefern das vorinstanzliche Beweisergebnis, wonach die Beschwerdegegnerin 2 der B AG Kredite in der Höhe von über Fr. 5 Mio. gewährte, schlechterdings nicht mehr vertretbar sein sollte. Die Beschwerde erweist sich

als unbegründet, soweit sie den Begründungsanforderungen von Art. 42 Abs. 2 und Art. 106 Abs. 2 BGG zu genügen vermag.

2.3.



wechselseitiger Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem zentralen Cash-Management. Mit diesen wenig substanziierten Behauptungen vermag er das Beweisergebnis nicht zu erschüttern. Indem die Vorinstanz dem Beschwerdeführer eine unrechtmässige Vorteilsabsicht zur Last legt und den subjektiven Tatbestand als erfüllt

betrachtet, verletzt sie kein Bundesrecht.

3.

Der Beschwerdeführer rügt, die Bemessung der Sanktion sei bundesrechtswidrig. Eine rechtsgenügende Begründung fehlt, weshalb darauf nicht einzutreten ist (Art. 42 Abs. 2 BGG).

4

Die Beschwerde ist abzuweisen, soweit darauf eingetreten werden kann. Der Beschwerdeführer wird ausgangsgemäss kostenpflichtig (Art. 66 Abs. 1 BGG). Die Beschwerdegegnerin 2 verzichtete auf eine Stellungnahme zur beantragten aufschiebenden Wirkung. Nachdem diese gewährt und die Beschwerdegegnerin 2 in der Hauptsache nicht zur Vernehmlassung eingeladen wurde, steht ihr keine Entschädigung zu.

Demnach erkennt das Bundesgericht:

- Die Beschwerde wird abgewiesen, soweit darauf einzutreten ist.
- 2

Die Gerichtskosten von Fr. 3'000.-- werden dem Beschwerdeführer auferlegt.

3.

Dieses Urteil wird den Parteien und dem Obergericht des Kantons Zug, Strafabteilung, schriftlich mitgeteilt.

Lausanne, 5. März 2019

Im Namen der Strafrechtlichen Abteilung des Schweizerischen Bundesgerichts

Der Präsident: Denys

Der Gerichtsschreiber: Faga